

Über Israels Schicksal befindet der Staatsanwalt

Ohne Anklage und Verurteilung kann Benjamin Netanjahu kaum gestürzt werden

Von Josef Joffe

Israel zahlt nun den Preis für eine halbherzige Wahlrechtsreform: eine Justizkrise, die sich zu einer Staatskrise verdichten kann. Bis Montag, noch vor Beginn des jüdischen Osterfestes, will die Staatsanwaltschaft entscheiden, ob sie Ministerpräsident Netanjahu wegen Betrug und 'Vertrauensbruchs' anklagen wird. Und was dann?

Ein Premier unter Anklage - das hat es in 49 Jahren Israel noch nicht gegeben. Im alten Kabinettsystem wäre der Sturz Netanjahus ganz einfach gewesen: per Mißtrauensvotum mit der Hälfte der Stimmen plus einer. Heute können 61 Abgeordnete mit derlei Entscheid bloß Neuwahlen erzwingen, und dann könnte Netanjahu, der erste Premier, der direkt vom Volk gewählt wurde, theoretisch erneut vom Volk gekürt werden.

Hätte sich das Parlament aber 1992 für eine echte Präsidialverfassung wie in Amerika entschieden, wäre die Staatsanwaltschaft heute ein zweitrangiger Spieler im Kampf um Macht und Moral. Über das Schicksal des Präsidenten entscheiden zwei Drittel der Senatoren, die für das impeachment, die Amtsenthebung, votieren. Eine solche aber ist in der Geschichte Amerikas noch nie zustande gekommen, auch nicht im Falle des Watergate-Sünders Nixon. In Israel erfordert die Amtsenthebung ebenfalls zwei Drittel (80 Stimmen), was unter den heutigen Knesset-Verhältnissen unvorstellbar ist. Die Opposition kann nicht mehr als 54 Stimmen mobili-

sieren.

Die israelische Staatsanwaltschaft kann anklagen, aber sie zögert, obwohl die Ermittlungsbehörden dies empfohlen haben. Denn der Oberstaatsanwalt Rubinstein weiß nicht, was er dergestalt lostreten würde. Er kann sich bloß heute schon ausrechnen, daß dann eine monatelange Quälerei das öffentliche Leben beherrschen würde: ein blutender Premier, der sich nicht um den Staat, sondern um die eigene Verteidigung kümmert, ein Regierungschef, der sich lieber mit seinem Anwalt als mit Arafat trifft und dessen Wort in der Welt immer weniger gilt.

Was Wunder, daß Chefankläger Rubinstein zögert. Um so mehr, als Netanjahu schon verlauten ließ: 'Der Ministerpräsident hat nicht die Absicht, Neuwahlen anzusetzen, zurückzutreten oder die Amtsgeschäfte ruhen zu lassen.' Netanjahu will es offensichtlich aussitzen, weil er weiß, wie schwer es unter den herrschenden Verfassungs- und Mehrheitsverhältnissen ist, ihn zu stürzen - 'Erdbeben' hin oder her, wie verschiedene (anonyme) Likud-Minister die Affäre nennen.

Die selben, die ungenannt bleiben wollen, sehen auch das 'Ende der Regierung' gekommen. Das sagt natürlich auch Ehud Barak, der die besten Chancen auf die Peres-Nachfolge an der Spitze der oppositionellen Arbeitspartei hat: 'Dies ist eine korrupte Regierung, die gestürzt werden muß.' Bloß wie? Die Arbeitspartei hält 34 Sitze in der Knesset; sie müßte, um die magischen zwei Drit-

tel zu erreichen, weitere 46 Abgeordnete auf ihre Seite ziehen. Das ginge nur mit Hilfe der Ultrareligiösen. Bloß stehen die - vor allem die zehn Mann von der Schas-Partei - zusammen mit Netanjahu im Feuer. Der Premier soll angeklagt werden, weil er einen schlimmen Deal abgesehen habe: die Ernennung eines gewissen Bar-On zum Generalstaatsanwalt, eines Schas-Knechtes, der dann die Korruptionsanklage gegen den Schas-Partei-Chef Deri abgesehen hätte. Die Schas-Leute werden sich also kaum dazu hergeben, Hand an ihren Gönner Netanjahu zu legen.

Nur eines ist inzwischen klar. Der Zug, der seit Wochen in Richtung große Koalition (mit der Arbeitspartei) rollt, ist nun entgleist. Kein Arbeitspartei, auch nicht Schimon Peres, der dergestalt mit dem Comeback liebäugelt, würde es nun wagen, in eine Regierung mit dem inkriminierten Netanjahu einzusteigen. Mit dem Abgang der Arbeitspartei schwindet eine weitere Hoffnung auf die Wiederbelebung des Friedensprozesses.

Es bleibt zum Schluß nur ein Weg zum Sturz des Benjamin Netanjahu. Er wird angeklagt und verurteilt. Nach einer Verurteilung wegen 'moralisch verwerflichen Handelns' genügt eine einfache Knesset-Mehrheit, um ihn zu feuern. Auch die würde schwer genug sein, aber diese Hürde ist einfacher zu nehmen als die Zwei-Drittel-Mehrheit.